Niederschrift

über die 30. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 28.02.2018, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende
Vorlage: 1172/2018
3. Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 1168/2018
4. Beratung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2018
Vorlage: 1160/2018
5. Vorstellung und Beratung des Radverkehrskonzeptes für die Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1148/2017
6. Anlegen von Blühstreifen- und Blühflächen auf dem Gebiet der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1149/2017
7. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Vorlage: 1152/2018
8. Benennung der Straßen im Bereich des Bebauungsplanes 113, Baugebiet zwischen dem Flussviertel und dem Pater-Briers-Weg
Vorlage: 1179/2018
9. 73. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche im Bereich Hünshoven, nordöstlich des Flussviertels, südöstlich der Nikolaus-Becker-Straße bzw. L 364 und westlich des Limitenweges: Erweiterung des Golfplatzes Loherhof
 - Beratung und Abwägung über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB und nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
 - Verabschiedung der FlächennutzungsplanänderungVorlage: 1150/2017
10. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 21 der Stadt Geilenkirchen hinsichtlich der zulässigen überbaubaren Grundstücksfläche und der Geschos-sigkeit
Vorlage: 1156/2018

- 11 . Unterrichtung über das Ergebnis der Einwohnerversammlung zur Vorstellung des Entwicklungskonzeptes für die Fliegerhorstsiedlung in Geilenkirchen-Teveren
Vorlage: 1177/2018
- 12 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 13 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Stellvertretender Vorsitzender

1. Leonhard Kuhn

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Hans-Jürgen Benden
5. Karola Brandt
6. Karl-Peter Conrads
7. Jennifer Diederichs
8. Helmut Gerads
9. Johann Graf
10. Christoph Grundmann
11. Theresia Hensen
12. Horst-Eberhard Hoffmann
13. Karin Hoffmann
14. Rainer Jansen
15. Gabriele Kals-Deußen
16. Michael Kappes
17. Nils Kasper
18. Thomas Klein
19. Wilfried Kleinen
20. Heinz Kohnen
21. Christian Kravanja
22. Stefan Mesaros
23. Manfred Mingers anwesend bis TOP 13
24. Willi Münchs
25. Uwe Neudeck
26. Hans-Josef Paulus
27. Manfred Schumacher
28. Barbara Slupik
29. Lars Speuser
30. Raimund Tartler
31. Ruth Thelen
32. Ernst Michael Thielemann
33. Michael van Dillen
34. Harald Volles
35. Kirsten vom Scheidt
36. Max Weiler

Es fehlten

37. Maja Bintakys-Heinrichs
38. Bürgermeister Georg Schmitz
39. Wilhelm Josef Wolff

Der stellvertretende Bürgermeister Kuhn eröffnete die 30. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen um 18:00 Uhr und hieß die Stadtverordneten wie auch die Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen. Er entschuldigte Bürgermeister Schmitz und teilte mit, dass er aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit des Bürgermeisters die Sitzungsleitung übernehme.

Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugegangen. Entschuldigt hätten sich die Stadtverordneten Bintakys-Heinrichs und Wolff, die krankheits- bzw. urlaubsbedingt abwesend seien. Der Stadtverordnete Speuser werde etwas verspätet eintreffen.

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.12.2017 seien vom Stadtverordneten Hoffmann erhoben worden. Dieser habe sich in einer Mail am 26.02.2018 mit einer Frage an den Bürgermeister gewandt und habe darum gebeten, seine Mail als Beanstandung der Niederschrift zu verstehen. Die Mail wird als Anlage zur Niederschrift dieser Sitzung hinzugefügt.

Zusammenfassend bemängelte der Stadtverordnete die Abstimmungsergebnisse. Die Zahlen würden nicht mit der tatsächlich verzeichneten Anwesenheitszahl von 36 Personen übereinstimmen. Er frage, wo die fehlenden Stimmen seien bzw. ob man sich verzählt habe.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn antwortete, dass in der Sitzungsniederschrift die Zahl der Stadtratsmitglieder angegeben sei, die tatsächlich anwesend gewesen sei. Verspätungen seien nicht gesondert angezeigt worden und daher nicht in der Anwesenheitsliste aufgeführt; das Gleiche gelte für kurzfristige Abwesenheiten aus dem Sitzungssaal z.B. um die Toilette aufzusuchen, Telefonate zu führen etc. oder auch für einen vorzeitigen Aufbruch vor Ende der Sitzung. Die variierenden Stimmzahlen seien so erklärbar. Aus rechtlicher Sicht sei eine genaue Auflistung der Anwesenheitszeiten nicht vorgeschrieben wie auch die genaue Auflistung in Ja- und Nein-Stimmen bzw. Enthaltungen. Letztlich sei eine genaue Dokumentation nur bei knappen Ergebnissen vorgegeben.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn erläuterte weiter, dass während des Seminars bei Prof. Dr. Schmitz, an dem einige der Anwesenden teilgenommen hätten, deutlich geworden sei, dass die Protokollierung von eindeutigen Mehrheiten ausreiche. Nur bei knappen Ergebnissen seien genaue Zahlen anzugeben. Er schlage daher vor, dieser gängigen und rechtlich einwandfreien Methode zu folgen und für die kommende Sitzung eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten. Insgesamt würden die Aufzeichnungen in den Sitzungen auf diese Weise vereinfacht und die Dokumentation übersichtlicher.

Der Rat zeigte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage für die kommende Ratssitzung.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn stellte weiter fest, dass bisher niemand zu einem Punkt seine Befangenheit angezeigt habe.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn gab an, dass er unter diesem Punkt keine Mitteilungen zu machen hätte.

TOP 2 Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende
Vorlage: 1172/2018

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn führte aus, dass es unter diesem Tagesordnungspunkt um die Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende gehe. Wie in der Vorlage ausführlich geschildert, sei der Rat der Stadt vom Landrat als Kommunalaufsicht aufgefordert worden, über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende ermessensfehlerfrei zu entscheiden.

Stadtverordneter Kravanja meinte, dass in dem Schreiben des Kreises angedeutet werde, dass grundsätzlich schon die Möglichkeit bestehe, alle Ausschüsse von der Zahlung einer Aufwandsentschädigung für die Vorsitzenden auszuschließen. Hierfür spreche sich die Bürgerliste aus. Das mache die Fraktion nicht nur, weil sie denke, dass die Steuergelder an anderer Stelle besser eingesetzt werden könnten. Vielmehr gebe es weitere sachliche Gründe, wie bspw. die Tagungshäufigkeit der Ausschüsse in Geilenkirchen. Diese sei mit 2 bis 7 Sitzungen pro Jahr als gering anzusehen. Darüber hinaus seien die Ausschussvorsitzenden bei der Vorbereitung der Sitzungen nur geringfügig aktiv. Die Tagesordnungen und die Sitzungsvorlagen würden im Wesentlichen durch die Verwaltung erstellt. Die inhaltliche Vorbereitung für die Ausschussvorsitzenden sei nicht wesentlich anders als für die „einfachen“ Ausschussmitglieder. Des Weiteren sei die Zahl der Tagesordnungspunkte oftmals überschaubar und die Sitzungen würden nicht lange dauern. So habe der BSSK in 2017 vier Mal bei einer durchschnittlichen Dauer von 2:20 Stunden über durchschnittlich 5 Tagesordnungspunkte beraten. Darunter seien durchaus viele Berichte gewesen, die die Dauer der Sitzung in die Länge gezogen hätten. Der Jugendhilfeausschuss habe dreimal bei einer durchschnittlichen Dauer von 1:35 Stunden über durchschnittlich 5,7 Tagesordnungspunkte getagt. Zum Vergleich führte Stadtverordneter Kravanja den Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln an, der in 2017 acht Mal mit einer durchschnittlichen Dauer von 2:07 Stunden getagt habe. Die Kölner Ausschussmitglieder sowie der Vorsitzende hätten also insgesamt 3,56 Mal so lange wie in Geilenkirchen getagt und beraten. Daneben habe der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sieben Mal bei einer durchschnittlichen Dauer von 0:51 Stunden über 5,7 Tagesordnungspunkte getagt. Zum Vergleich dazu habe der Ausschuss bei der Stadt Köln acht Mal mit einer durchschnittlichen Dauer von 3:32 Stunden getagt; dies sei 4,75 Mal so lang wie in Geilenkirchen gewesen. Hätte Herr Conrads nun im vergangenen Jahr bereits eine zusätzliche Aufwandsentschädigung von monatlich 300,00 € erhalten und angenommen, die Sitzungsvorbereitung habe genauso viel Zeit in Anspruch genommen wie die Sitzungsleitung, hätte dies einen Stundenlohn von 302,522 € ergeben. Zum Vergleich hierzu sei angeführt, dass ein Vorsitzender Richter am OLG 45,40 € pro Stunde verdiene. Hier vermisse er ganz klar jegliche Verhältnismäßigkeit und den gebotenen sparsamen Umgang mit Steuergeldern. Stadtverordneter Kravanja fuhr fort, dass der Umwelt- und Bauausschuss sieben Mal bei einer durchschnittlichen Dauer von 1:46 Stunden über durchschnittlich neun Tagesordnungspunkte getagt habe. Hierunter seien aber immer viele Auftragsvergaben gewesen. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe zwei Mal bei einer durchschnittlichen Dauer von 0:32 Stunden über durchschnittlich vier Tagesordnungspunkte getagt. Die Zahlen würden seines Erachtens Folgendes aufzeigen: der Aufwand für die Ausschussvorsitzenden in Geilenkirchen sei sowohl in der Sitzungsvorbereitung wie auch in der Sitzung in allen Ausschüssen gering. Zudem habe es noch nie Probleme gegeben, Ausschussvorsitzende für Ausschüsse zu finden. Die Vorsitzenden würden ihre Aufgaben gut erfüllen. Mit der zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende verfolge der Gesetzgeber den Zweck, bei Bedarf eine Verbesserung des kommunalen Ehrenamtes zu erzielen. Diese Verbesserung sei aber in Geilenkirchen gar nicht notwendig, das System funktioniere bereits jetzt sehr gut und der Aufwand sei überschaubar. Im Gegenteil: die zusätzliche Aufwandsentschädigung würde aus seiner Sicht eine unverhältnismäßig hohe Bezahlung bedeuten und den Eindruck des „raffgierigen“ Politikers erwecken.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass es dem Gesagten kaum etwas hinzuzufügen gebe. Bei der Angabe der durchschnittlich besprochenen Tagesordnungspunkte sei allenfalls noch zu beachten, dass hierunter auch die Punkte „Verschiedenes“ fallen würden. In jedem Ausschuss habe es bereits historisch kurze Sitzungen gegeben und die Vorbereitungen seien in der Tat für die Vorsitzenden kein großer Aufwand. Viele mehr als die übliche Vorbereitung eines Ratsmitgliedes auf die Sitzung sei hier nicht zu leisten. In seinen Augen sei eine zusätzliche Aufwandsentschädigung für Vorsitzende eine Verschwendung von Steuergeldern. Bei einem solchen Beschluss würde der Rat ein fatales Bild für die Öffentlichkeit abgeben. Er plädiere für den grundsätzlichen Ausschluss aller Ausschüsse von dieser Regelung und spreche sich klar gegen eine Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende aus.

Stadtverordneter Weiler erläuterte, dass seine Fraktion die Angelegenheit erwartungsgemäß anders sehe. Ein Vergleich der Geilenkirchener Zahlen mit Ausschüssen der Stadt Köln sei seines Erachtens wenig gelungen – Köln gehöre zu den größten Städten Deutschlands; alleine die Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder sei 4-mal höher als in Geilenkirchen. In der Sache sei seitens seiner Fraktion zu sagen, dass diese ihre Position bereits im November 2017 ausführlich dargestellt habe. Einsparungen seien natürlich immer begrüßenswert. Nichtsdestotrotz hätten sowohl die alte als auch die neue Landesregierung ein Gesetz erlassen, das umgesetzt werden müsse. Es sei vage in Aussicht gestellt worden, dass diese Regelung in naher Zukunft dahingehend geändert werde, dass alle Ausschüsse von einer Aufwandsentschädigung ausgenommen werden könnten. Doch es passiere nichts. Seitens des Landes NRW werde der Stadt eine Richtung vorgegeben. Insgesamt sei die Regelung durch die Landkreise und Kommunen in NRW umgesetzt worden. Im Kreis Heinsberg sei Geilenkirchen jedoch die einzige Kommune, die sich der Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende entziehe. Die Städte Erkelenz, Hückelhoven, Wassenberg, Wegberg würden den § 46 GO NW anwenden. Bei der Stadt Heinsberg würden in vier von neun Ausschüssen Gelder gezahlt, im Selfkant in einem von vier Ausschüssen und in Gangelt sowie Waldfeucht jeweils in einem von fünf Ausschüssen. Die CDU Fraktion plädiere für die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende in den Ausschüssen UBA, Stewi, BSSK und JHA. Darüber hinaus sollten die beiden letztgenannten Ausschüsse zur Durchführung von vier Sitzungen pro Jahr angehalten werden. Die Aufwandsentschädigung bringe eine Wertschätzung dem Ehrenamt gegenüber zum Ausdruck. Aussagen, die Raffgier oder ähnliches unterstellen, würden seines Erachtens nur eine Neidkultur bezeugen.

Frau Slupik machte darauf aufmerksam, dass sie bei diesem Punkt nicht mit ihrer Fraktion stimmen werde. So stimme den Äußerungen der Stadtverordneten Kravanja und Benden zu. Eine zusätzliche Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende halte sie für überflüssig, so dass sie gegen eine Zahlung stimmen werde.

Frau Kals-Deußen meinte, dass beim Vergleich Geilenkirchens mit Köln Äpfel mit Birnen verglichen würden und dieser Gegenüberstellung vielleicht etwas hinke. Ansonsten gebe sie Herrn Kravanja völlig Recht, dass eine zusätzliche Aufwandsentschädigung seitens der Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollzogen werden könnte. Es hätte den Anschein, als würde die Politik ihre Taschen voll mit Geld machen. Mit Blick auf Nachbarkommunen könne sie vom Beispiel Stolbergs berichten, wo Kita-Gebühren erlassen würden. Hier seien Steuergelder vermutlich besser eingesetzt.

Stadtverordneter Schumacher warnte davor, den Aufwand eines Ausschussvorsitzenden zu beurteilen. Es gehe um die Grundsatzfrage, ob ein Vorsitzender für seinen Mehraufwand mehr Geld bekomme oder nicht. Eine subjektive Beurteilung des möglichen Aufwands halte er für eine Unverschämtheit. Niemand könne einschätzen wie viel Aufwand das einzelne Ratsmitglied oder der einzelne Ausschussvorsitzende zur Vorbereitung auf Sitzungen betrei-

be. Darüber hinaus, sei der Vergleich des Stadtverordneten Kravanja mit Köln lächerlich. Er rege an, die Diskussion zu versachlichen und in der Sache eine Entscheidung herbeizuführen.

Stadtverordneter Benden unterstütze die Anregung zur Versachlichung der Debatte meinte jedoch, dass die Zahlung der Aufwandsentschädigung nicht in jedem Fall gewählt werden müsse; es bestehe die rechtliche Möglichkeit vom § 46 GO NW abzuweichen. Richtig sei, dass der Aufwand für die Vorsitzenden überschaubar sei. Durch die Versagung zusätzlicher Aufwandsentschädigungen würde sicherlich ein Zeichen gesetzt, gerade mit Blick auf alle anderen Kommunen im Kreis, die zusätzliche Gelder hierfür aufwenden würden. Der Geilenkirchener Rat sollte vielmehr stolz sein, die einzige Kommune zu sein, die den Einsatz von Steuermitteln nicht leichtfertig beurteile. In den vergangenen Monaten sei so umfassend über viele freiwillige Leistungen debattiert worden. Ein Beispiel sei mit den Vereinzuschüssen genannt. Bei der zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende gebe es eine Möglichkeit diese abzulehnen und hiervon sollte der Rat – auch als einziger im gesamten Kreis – Gebrauch machen.

Stadtverordneter Gerads ergänzte, dass der Geilenkirchener Bevölkerung nicht klarzumachen sei, dass Schwimmunterricht für Kinder nur äußerst schwer zu realisieren sei, aber die Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Vorsitzende unproblematisch sei. Der Aufwand zur Sitzungsvorbereitung sei für alle ähnlich. Einladung und Protokoll würden zum größten Teil von der Verwaltung ausgearbeitet. Für die Vorsitzenden gebe es keine deutliche Mehrbelastung.

Stadtverordneter Weiler betonte, dass es sich nicht um eine freiwillige Leistung handle und die gesetzliche Grundlage eine ganz klare Linie verfolge. Es sei eine Gesetzesvorgabe und die Betrachtung von zwei Seiten nicht so einfach. Nicht richtig sei, keinen einzigen Ausschussvorsitzenden mit einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung zu bedenken.

Stadtverordneter Jansen meinte, dass es vom Stadtverordneten Weiler unfair sei, die gesetzliche Grundlage als verpflichtende Regelung auszulegen. Es gebe für den Rat eine Wahlmöglichkeit, die lediglich bestmöglich im Rahmen der Ermessenserwägungen begründet werden müsse.

Stadtverordneter Kravanja stimmte zu, dass die Darstellung des Stadtverordneten Weiler in dieser Form nicht korrekt sei. Die Zahlung der Gelder für Ausschussvorsitzende stehe im Ermessen des Rates. Es obliege ihm darzustellen, wie viel Aufwand mit einem Ausschussvorsitz verbunden sei. Es würde nicht gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen.

Stadtverordneter Mingers hinterfragte, ob die bisherigen Ausführungen dem Erfordernis einer fehlerfreien Ermessensausübung genügen würden. Letztlich seien die Argumente „Kassenlage“ und „Aufwand für Vorsitzende“ geliefert worden. Seines Erachtens sei dies nicht ausreichend, um eine rechtlich einwandfreie Lösung herbeizuführen.

Stadtverordneter Kravanja erläuterte, dass der Gesetzgeber die Verbesserung des Ehrenamtes bei Bedarf anheimgestellt habe. In seinen Ausführungen habe er im Kern dargestellt, dass bei der Stadt Geilenkirchen im Grunde kein Bedarf gegeben sei.

Stadtverordnete Thelen erklärte, dass durch die bisherigen Ausführungen – insbesondere durch die Aufstellung des Stadtverordneten Kravanja – eine klare Abwägung im Rahmen einer Ermessensentscheidung vorliege. Ermessensnichtgebrauch sei nicht vorhanden und es seien verschiedene Gesichtspunkte der Entscheidung benannt und begründet worden. Damit finde man sich innerhalb des gesetzlich vorgegeben Rahmens.

Stadtverordneter Benden ergänzte, dass er auch davon ausgehe, dass die Debatte nun bald ein Ende finde. Da von der Verwaltung kein Beschlussvorschlag unterbreitet worden sei, plädiere er dafür, dass im Protokoll für jeden einzelnen Ausschuss die ermessenfehlerfreie Begründung aufgeführt werde.

Stadtverordneter Kohnen gab zu Bedenken, dass der Beschluss der heute getroffen werde, direkt wieder von einem unzufriedenen Ausschussvorsitzenden beanstandet werden könne.

Stadtverordneter Grundmann hielt fest, dass seines Erachtens in jedem einzelnen Fall eine ausführliche Ermessensausübung stattfinden müsse und dies bisher nicht der Fall gewesen sei. Ansonsten habe der Stadtverordnete Kohnen Recht, dass das ganze Spiel wieder von vorne los gehe. Es müsse tatsächlich über jeden einzelnen Ausschuss diskutiert werden und eine nachhaltige umfassende Begründung der Entscheidung über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für den jeweiligen Ausschussvorsitzenden gegeben werden.

Stadtverordnete Thelen wiederholte ihren Wortbeitrag.

Stadtverordneter Grundmann ergänzte seinen Standpunkt dahingehend, dass die Auflistung des Stadtverordneten Kravanja für ihn nicht abschließend sei. So seien die einzelnen Ausschussvorsitzenden noch nicht einmal über den anfallenden individuellen Aufwand befragt worden. Darüber hinaus würden die Vorsitzenden mitunter an weiteren Veranstaltungen teilnehmen müssen, was hier auch nicht zum Ausdruck komme.

Stadtverordneter Weiler hielt fest, dass er sich momentan an die Aussage des Stadtverordneten Kleinen während seiner Haushaltsrede erinnere; dieser habe damals angemerkt, dass nahezu alles gesagt sei, nur nicht von jedem. Die Diskussion gehe seines Erachtens dennoch in die richtige Richtung. Wenn alle Ausschüsse von der Regelung ausgenommen werden sollten, schließe er sich der Aussage des Stadtverordneten Grundmann an, dass in diesem Fall für jeden einzelnen Ausschuss eine Begründung erarbeitet werden müsse und ein entsprechender Beschluss gefasst werden müsse. Nur so könne eine nachvollziehbare Rechtfertigung gefunden werden.

Stadtverordneter Grundmann hielt fest, dass seine Fraktion heute weder dafür noch dagegen stimmen werde. Er schlage vor, dass der Sachverhalt von der Verwaltung aufgearbeitet werde.

Stadtverordneter Jansen stimmte zu und ergänzte, dass der Rat die Verwaltung beauftragen sollte, eine rechtssichere Darstellung in Form einer Vorlage zu erstellen. Dabei sollte die Verwaltung im Blick haben, dass die Mehrheit des Rates gegen die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende sei.

Nach kurzer kontroverser Diskussion führte Beigeordneter Mönter aus, dass es zum einen zwei grundsätzliche Positionen in der Angelegenheit gebe und darüber hinaus die Regelung zum § 46 GO NW in der Hauptsatzung gemäß der Grundsatzentscheidung beibehalten oder geändert werden müsse. Um die Überarbeitung der Satzung zu erleichtern sei sinnvoll, heute schon die Grundrichtung pro oder contra feststellen zu lassen.

Stadtverordneter Kappes nahm den Vorschlag auf und meinte, dass die Positionen pro und contra in der Sitzungsvorlage der Verwaltung sachlich dargestellt werden sollten. Damit werde dann eine Grundlage für eine Entscheidung gegeben.

Stadtverordneter Schumacher ergänzte, dass seitens des Gesetzgebers der Wahlprüfungsausschuss als Maßstab anzusetzen sei.

Stadtverordneter Volles fasste zusammen, dass heute nicht über die Vorlage abzustimmen sei sondern ein Auftrag an die Verwaltung erteilt werde, eine Vorlage mit dem genannten Inhalt zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu erarbeiten.

Stadtverordnete Brandt erklärte, dass eine ermessensfehlerfreie Entscheidung getroffen werden müsse. Um zu einem Ergebnis zu kommen, rege sie an, Vergleiche mit anderen Kommunen und ähnliches zu unterlassen. Tatsächlich gehe es um den Einsatz von Steuergeldern; das sei die Maxime für die Verwaltung mit der sie die Prüfung vorzunehmen habe. Ermessensfehlergebrauch sei zu vermeiden.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn schlug abschließend vor, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Verwaltung zu beauftragen, gemäß den Vorschlägen aus den Reihen des Rates eine entsprechende Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Rates zu erarbeiten.

Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich, die Entscheidung über den Punkt zu verschieben und die Verwaltung zu beauftragen, eine umfassende ermessensfehlerfreie Vorlage für die nächste Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	1
Enthaltung:	0

**TOP 3 Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 1168/2018**

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, dass Pfarrer Dietmar Ernst als Mitglied den Jugendhilfeausschuss verlässt und durch Herrn Tobias Storms als Ausschussmitglied ersetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 4 Beratung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2018
Vorlage: 1160/2018**

Beschluss:

Der Rat beschloss die Ordnungsbehördliche Verordnung zum Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtzentrum Geilenkirchen im Jahr 2018 in der vorliegenden Form einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 5 Vorstellung und Beratung des Radverkehrskonzeptes für die Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1148/2017**

Stadtverordneter Kravanja erläuterte, dass seine Fraktion dem Konzept vor dem Hintergrund zustimmen werde, dass das Konzept nun auf den Weg gebracht werden sollte, Verbesserungen nach dem Start noch vorgenommen werden könnten. So sollte der weitere Ausbau des Radwegenetzes nicht zu kurz kommen. Sicherlich würden in Zukunft Aufgaben auf die Verwaltung zukommen, über die man sich dann Gedanken machen müsste.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass die Zusammenarbeit mit den Fachleuten des ADFC seitens seiner Fraktion klar befürwortet werde. Eine Kooperation von Anfang an würde über Jahre den gewünschten Erfolg bringen. Alle sollten hier an einem Strang ziehen; diese Bitte äußere er klar in Richtung Verwaltung. Nur dann würde das Konzept einen Sinn ergeben.

Stadtverordneter Grundmann ergänzte, dass Ausführungen des ADFC im Ausschuss wünschenswert gewesen seien. Nichtsdestotrotz werde seine Fraktion der Konzeption zustimmen, die als Rahmenwerk verstanden werde und noch weitere Ausarbeitungen benötige. Vielleicht können in einem späteren Schritt der ADFC dann noch in den Ausschuss eingeladen werden, um weitere Möglichkeiten vorzustellen.

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig das vorgestellte Radverkehrskonzept und beauftragt die Verwaltung, dieses umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6 Anlegen von Blühstreifen- und Blühflächen auf dem Gebiet der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1149/2017**

Stadtverordneter Kravanja meinte, dass der Vorschlag der Verwaltung und Beschlussfassung aus dem Ausschuss die Zustimmung seiner Fraktion finde. Dennoch habe er festgestellt, dass es sich bei den ausgesuchten Flächen insgesamt um Gebiete außerhalb des Stadtzentrums handeln würde. Er erkundigte sich, ob Flächen innerhalb des Zentrums bewusst außen vorgehalten worden seien. Vielleicht könnten auch innerhalb der Stadt Blühstreifen angelegt werden; dies würde die Bürgerinnen und Bürger sicherlich erfreuen.

Beigeordneter Mönter antwortete, dass Flächen innerhalb des Zentrums nicht unbedingt für die Art der Bepflanzung geeignet seien. Benötigt würden Areale mit ca. 2.000 m², um die Erde mit entsprechendem Gerät aufzubereiten. Innerstädtisch gebe es Flächen, die bereits extensiv bewirtschaftet würden. Für blühende Gärten seien auch Privatgrundstücke sehr geeignet.

Zur Anlegung eines Blühstreifens würden jedoch große, extensiv genutzte Flächen benötigt, so dass zentrumsnah von Blühstreifen Abstand genommen werden müsse.

Stadtverordneter Kravanja machte am Beispiel des ESC deutlich, wie Flächen durch Blühstreifen eventuell verschönert werden könnten und meinte, dass hierzu nicht nur Großflächen geeignet seien. Beispielhaft lege die Stadt Essen Wildblühflächen innerstädtisch an.

Stadtverordneter Benden führte aus, dass der Vorschlag des Stadtverordneten Kravanja diesen ehre. Nach zahlreichen Gesprächen mit Mitarbeitern des Bauhofes, mit der Verwaltung und auch Fachleuten/Biologen habe sich herauskristallisiert, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise Sinn mache. Nur in dieser Größenordnung würden Blühstreifen gerade für Insekten und insbesondere Bienen einen Nutzen ergeben. Darüber hinaus müsse bspw. auf gutes Saatgut geachtet werden. Natürlich sollte man zu mehr Blüten in der Stadt kommen. Doch die Wertigkeit für Tiere sollte hier nicht vernachlässigt werden. Er stimme dem Beigeordneten Mönter zu, dass Blühstreifen nur ab einer gewissen Größenordnung einen Sinn ergeben. Die Vorlage der Verwaltung sei gut, richtig und zielführend.

Stadtverordneter Gerads widersprach, dass er in Gesprächen mit Imkern eine gegenläufige Meinung vernommen habe. Gerade Wiesen neben Feldern, die mit chemikalischen Mitteln behandelt würden, seien für Insekten problematisch. Diese würden auf die Felder fliegen und dort den Chemikalien begegnen. Imker würden heutzutage ihre Bienenvölker nicht mehr zielgerichtet außerhalb von Stadtzentren aufstellen; ganz im Gegenteil.

Beschluss:

Es werden Blühflächen und Blühstreifen als Nahrungsquelle für Bienen und andere bestäubende Insekten angelegt entsprechend der Darstellung im Sachverhalt. Begonnen wird auf den bezeichneten vier städtischen Flächen.

Über die Erschließung weiterer Pflanzflächen im Stadtgebiet in den nächsten drei Jahren wird dem Umwelt- und Bauausschuss jeweils berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW Vorlage: 1152/2018

Beschluss:

Der Rat lehnte den Antrag mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

TOP 8 Benennung der Straßen im Bereich des Bebauungsplanes 113, Baugebiet zwischen dem Flussviertel und dem Pater-Briers-Weg
Vorlage: 1179/2018

Stadtverordneter Weiler führte aus, dass seine Fraktion der Namensgebung ausdrücklich zustimmen werde. Des Weiteren wolle er in aller Deutlichkeit festhalten – um auch Irritationen vorzubeugen – dass in einem der nächsten Baugebiete, das nicht themenbezogen sei, die nächste Straßenbenennung nach den Eheleuten Wassen bzw. nach der Schwester Barbara vorgenommen werden sollte.

Beschluss:

Die Ringerschließung im Bereich des Neubaugebietes in Hünshoven erhält den Namen Lahnstraße. Die Rheinstraße wird bis zum Pater-Briers-Weg fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	1
Enthaltung:	0

TOP 9 73. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche im Bereich Hünshoven, nordöstlich des Flussviertels, südöstlich der Nikolaus-Becker-Straße bzw. L 364 und westlich des Limitenweges: Erweiterung des Golfplatzes Loherhof
- Beratung und Abwägung über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB und nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- Verabschiedung der Flächennutzungsplanänderung
Vorlage: 1150/2017

Beschluss:

Über die im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der Sitzungsvorlage entsprechend abgewogen.

Die Flächennutzungsplanänderung wird einschließlich ihrer Begründung verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 10 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 21 der Stadt Geilenkirchen hinsichtlich der zulässigen überbaubaren Grundstücksfläche und der Geschosigkeit
Vorlage: 1156/2018

Beschluss:

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 21 der Stadt Geilenkirchen hinsichtlich der festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche wird antragsgemäß erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 11 Unterrichtung über das Ergebnis der Einwohnerversammlung zur Vorstellung des Entwicklungskonzeptes für die Fliegerhorstsiedlung in Geilenkirchen-Teveren
Vorlage: 1177/2018**

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn führte aus, dass einige Stadtverordnete an der Versammlung selber teilgenommen hätten und sich selbst ein Bild vom Ergebnis der Veranstaltung machen konnten. Er fragte nach, ob es Wortmeldungen gebe.

Stadtverordneter Benden hielt fest, dass das Ergebnis der Einwohnerversammlung ernst genommen werden sollte. In der Niederschrift sei festgehalten worden, dass ca. 150 Personen anwesend gewesen seien. Niemand habe sich für das Konzept ausgesprochen. Sicherlich seien einige Wortmeldungen nicht zielführend gewesen, insgesamt sei die klar ablehnende Haltung der Anwohnerinnen und Anwohner gegenüber dem Konzept zum Ausdruck gekommen. Tenor sei, dass außer einer Verbesserung der Straßen und Kanäle keine Änderungen in der Siedlung erwünscht seien. Im Umkehrschluss sollte die Durchführung des Konzeptes ernsthaft in Zweifel gezogen werden. Für ihn stelle sich die Frage, ob eine Sanierung der Siedlung auch ohne Konzept möglich sei. Die BIMA könne dann mit dem kleinteiligen Verkauf der Grundstücke wie gehabt weitermachen. Hauseigentümer hätten im Zwiegespräch ihre Probleme geschildert – und für deren Verärgerung über die Situation habe er vollstes Verständnis aufgebracht. Von der Organisation und vom Ablauf her wie auch von der Moderation seitens des Technischen Beigeordneten Mönter habe sich diese Einwohnerversammlung positiv zur vorherigen abgegrenzt. Doch die Umsetzung des Konzeptes werde nicht gewünscht, lediglich eine Verbesserung des Ist-Zustandes der Straßen und Kanäle. Daher plädiere er dafür, dem Wunsche der Einwohnerinnen und Einwohner Folge zu leisten.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn machte deutlich, dass die Fördergelder auch für die Sanierung mit dem Konzept verknüpft seien. Ohne Konzept gebe es keine Förderung.

Stadtverordneter Paulus hielt fest, dass er die Aussagen des Stadtverordneten Benden unterstütze. Sowohl die Verwaltung als auch die BIMA seien mit einer ganzen Reihe offener Fragen konfrontiert, die es zu klären gebe. Der Rat sollte hierüber unterrichtet werden. Doch im laufenden Kalenderjahr sollte zumindest mit einer Maßnahme begonnen werden. Die Überplanung der Siedlung habe stattgefunden und ein Konzept sei erstellt worden. Für die offenen Problemstellungen könne sicherlich ein Konzept erarbeitet werden, das auch von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werde.

Stadtverordneter Speuser meinte, dass die BIMA mehr in die Pflicht genommen werden müsse. Diese müssten Aussagen darüber treffen, was mit den Mietern geschehe. Eine derartige Einwohnerversammlung könne nur der Anfang sein. Die Leute müssten abgeholt werden und dies könne insbesondere nur eine Aufgabe der BIMA sein.

Stadtverordneter Grundmann erklärte, dass die Versammlung seines Erachtens in großen Zügen chaotisch verlaufen sei, wenngleich sie weniger chaotisch als beim letzten Mal gewesen sei. Es sei deutlich geworden, dass kaum einer mit dem vorgestellten Konzept einverstanden sei. Man sei in Verpflichtung aufgrund ihres maroden Zustands die Straßen und Kanäle auszubessern. Persönlich geärgert habe ihn an der Einwohnerversammlung, dass die informellen Verhaltensregeln für Stadtverordnete bei einer Teilnahme an einer solchen Veranstaltung außer Acht gelassen worden seien; diese bitte er in Zukunft einzuhalten.

Stadtverordneter Benden unterstrich die Aussage des Stadtverordneten Speuser. Er stellte fest, dass von Herrn Mönter gesagt worden sei, dass niemandem gekündigt werde. Diese Verpflichtung trage die Stadt mit.

Es wurde festgehalten, dass Beigeordneter Mönter hier die Aussage der BIMA wiederholt habe. Stadtverordneter Benden warf ein, dass Bürgermeister Schmitz dies ebenfalls in seiner Begrüßung betont habe.

Beigeordneter Mönter führte aus, dass die BIMA ein einvernehmliches Vorgehen mit allen Beteiligten zugesichert habe. Laufende Mietverträge würden nicht gekündigt. Die Zielvorstellungen des Konzeptes könnten jedoch nicht verwirklicht werden, wenn manche Objekte nicht geräumt würden. Dieser Prozess sollte laut Konzept in Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, BIMA und einem Vermittler begleitet werden; die Beschäftigung der Begleitperson vor Ort sei Teil des Konzeptes bzw. hierfür würden Fördermittel bereitgestellt. Es sollte darüber hinaus berücksichtigt werden, dass auf der Einwohnerversammlung über das städtebauliche Konzept gesprochen worden sei. Die geschilderten Sorgen und Probleme bezogen sich jedoch nicht auf städtebauliche Ziele und könnten erst in einem nächsten Schritt zum Tragen kommen; bei der Umsetzung müssten diese berücksichtigt werden, nicht bei der Aufstellung des grundsätzlichen Konzeptes.

Stadtverordneter Paulus erörterte, dass mit der BIMA über Lösungsmöglichkeiten für die Anwohnerinnen und Anwohner gesprochen werden sollte. Doch die Pläne seien vorhanden und man könne nun nicht sagen: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Sicherlich könne auf die BIMA Einfluss genommen werden und er sei überzeugt, dass für bestehende Probleme mit allen einvernehmlich Lösungen und Kompromisse gesucht werden könnten.

Stadtverordneter Grundmann hielt noch einmal fest, dass die Stadt zwar keine Eigentümerin der Siedlung sei, sie dennoch eine Verpflichtung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern habe.

Stadtverordnete Brandt warf ein, dass zum einen die zivilrechtliche Problematik zwischen Mieter und Vermieter also der BIMA bestehe. Hier würden Interessen der Mieter durch die BIMA klar nicht berücksichtigt. Auf der anderen Seite sei die Stadt als öffentlich rechtlicher Part zwar beteiligt, habe aber auf die zivilrechtliche Seite keinen Einfluss.

Stadtverordneter Kleinen meinte, dass die gesamte Diskussion aus Sicht seiner Fraktion sehr erhellend sei. Schon zu Beginn habe sie gegen die Konzeption gestimmt, da sie schon damals jegliche Form der Bürgerbeteiligung vermisst habe. Mittlerweile sei die Erkenntnis vorhanden, dass neue Straßen und Kanäle gewünscht würden und keine komplette Umwandlung der Siedlung. Zur Sanierung der Straßen und Kanäle sei die Stadt als Eigentümerin verpflichtet. Das erstellte Konzept werde seines Erachtens in dieser Form niemals durchgesetzt und die BIMA habe als Eigentümerin kein Interesse an der Instandhaltung und Sanierung des Gebietes.

Stadtverordneter Graf stimmte der Wortmeldung zu.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn beendete die Aussprache zu diesem Punkt.

TOP 12 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn führte 12 aus, dass hier zwei schriftliche Anfragen vorliegen würden.

a) Die erste Frage sei vom Stadtverordneten Kravanja gestellt worden, der sich erkundigte, ob die Stadt Geilenkirchen oder von ihr beauftragte Unternehmen auf den stadteigenen Grundstücken glyphosathaltige Herbizide einsetze.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn antwortete, dass bei der Stadt Geilenkirchen im Einklang mit § 12 Abs. 2 Satz 1 Pflanzenschutzgesetz keine glyphosathaltigen Herbizide eingesetzt würden. Als zugelassene Alternative komme das Mittel Finalsan bzw. Finalsan Plus mit dem Wirkstoff Pelargonsäure auf zugelassenen Flächen (Friedhöfe, Sportstätten) zum Einsatz.

b) Des Weiteren sei eine Anfrage seitens des Stadtverordneten Hoffmann gestellt worden. Dessen Frage zum Verkehrshindernis in der Alten Poststraße lautete: Warum hat sich kein Angehöriger der Stadtverwaltung auf den Weg gemacht und das Gespräch mit Herrn Kusiek gesucht? Halten Sie, der doch immer für seine Bürgernähe gelobt werden will, dieses Verhalten für normal? Stellvertretender Bürgermeister Kuhn führte aus, dass er die Beantwortung dieser Anfrage zum Teil dem Bürgermeister überlasse, an den sich ein Teil persönlich richte. Er verwies daher auf eine schriftliche Antwort. Zum anderen bat er den Beigeordneten Mönter um eine Erklärung zur Sache.

Beigeordneter Mönter führte aus, dass die Verwaltung auf einen Hinweis über einen verschobenen Sitzwürfel des Stadtverordneten Hoffmann tätig geworden sei. Eine Überprüfung habe ergeben, dass der Würfel sich in Folge eines Unfalls verschoben habe. Der Mangel sei seitens der Verwaltung behoben worden. In der Situation sei nicht bekannt gewesen, dass ein Anwohner diesbezüglich ein Anliegen äußern wollte. Nichtsdestotrotz habe die Verwaltung verschiedentlich Kontakt mit Herrn Kusiek gehabt. Weiteren Handlungsbedarf habe dieser nicht wegen des Würfels gesehen. Somit betrachte die Verwaltung die Angelegenheit als zufriedenstellend abgeschlossen.

c) Stadtverordnete Kals-Deußen erläuterte, dass Aschermittwoch ihr Schwager in Teveren beerdigt worden sei. Schon damals sei der Platzmangel in Bezug auf die Kolumbarien bekannt gewesen. Sie erkundigte sich, wann Abhilfe geschaffen werde bzw. die Kolumbarien geliefert würden.

Beigeordneter Mönter führte aus, dass nach Rücksprache mit dem Amt 32 in ca. zwei bis drei Wochen mit der Lieferung zu rechnen sei.

Hierzu ergänzte Stadtverordneter Paulus, dass es sich hier nahezu um einen Skandal handele. Die mit der ursprünglichen Lieferung beauftragte Firma habe kurzfristig nicht mehr liefern können. Nun sei eine neue Firma beauftragt; deren Lieferung ziehe sich in die Länge. Hinzu komme, dass in Teveren derzeit leider zahlreiche Todesfälle zu vermelden seien und sich die Beerdigungskultur hin zu den Kolumbarien geändert habe. Er habe die Hoffnung, dass die Kolumbarien schnellstmöglich geliefert würden.

d) Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich, ob die Kreishandwerkerschaft ihr Frühjahrstreffen terminlich mit der Verwaltung abgestimmt habe. An dem besagten Termin finde die nächste Ratssitzung statt.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn antwortete, dass der Termin nicht vorab abgestimmt worden sei.

e) Auf Anregung des Stadtverordneten Schumacher hin wurde seitens des Rates einvernehmlich gefordert, dass zukünftig der komplette E-Mailverkehr Richtung Politik an alle Ratsmitglieder gerichtet werde und nicht bspw. nur an die Fraktionsvorsitzenden als Multiplikatoren.

f) Stadtverordneter Kravanja teilte mit, dass auf dem städtischen Friedhof in einem Bereich sehr viel Schutt abgeladen worden sei. Er halte dies nicht für angemessen und vielleicht könnten Mitarbeiter des Bauhofes für die Entfernung des Haufens sorgen.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn nahm die Mitteilung zur Kenntnis und versprach, sie an die entsprechenden Stellen zwecks Prüfung bzw. Behebung weiterzuleiten.

g) Stadtverordneter Graf meinte, dass bei Einrichtung des Baugebiets in Teveren zugesagt worden sei, dass der Bauverkehr nicht über die Töpferstraße geleitet werde. Genau dies sei jedoch der Fall. Er bat um Einhaltung des gegebenen Versprechens.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn sagte zu, dass dies als Anregung aufgenommen werde.

TOP 13 Fragestunde für Einwohner

Seitens der Einwohnerinnen und Einwohner wurden keine Fragen gestellt.

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn dankte den Zuhörerinnen und Zuhörern und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung und bat die Zuschauerinnen und Zuschauer den Sitzungssaal zu verlassen.

Sitzung endet um: 20:00

Stellvertretender Bürgermeister Kuhn beendete die Sitzung und wünschte allen noch einen angenehmen Abend.

Leonhard Kuhn
Stellvertretender Bürgermeister

Tina Beckers-Offermanns
Schriftführerin